

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

POLITIK

Nur ein bisschen Korruption

Neue Schulen, mehr Sicherheit, solidere Finanzen: Der Staat Palästina nimmt Form an * Josef Joffe*

Ramallah

Wenn Feinde einander nachahmen, kann das Verhältnis nicht ganz hoffnungslos sein. Schon vor der Geburt Israels hatten die Juden einen »Staat im Aufbruch« aufgebaut: mit Parteien und Parlament, Polizei und (Untergrund-)Armee. Die Palästinenser nennen es from the ground up - eins nach dem anderen, von unten nach oben. Tony Blair, Chef des Nahost-Quartetts, rühmt das Projekt als »helles Licht in der diplomatischen Finsternis«.

Das »helle Licht« heißt in Wahrheit Salam Fajad, 61, der Premier Proto-Palästinas, der sich von einem Herzinfarkt erholt. Benjamin Netanjahu hat ihm Genesungswünsche nach Austin, Texas geschickt, ein Zeichen zähneknirschender Hochachtung. Denn Fajad hat vor zwei Jahren einen Paradigmenwechsel ausgerufen. Unter Arafat war die Besatzung die große Ausrede: Wie können wir den Staat aufbauen (freie Wahlen abhalten, die Privatarmeen entwaffnen...), solange uns die Israelis im Nacken sitzen? Heute heißt es: erst Institutionen, Investitionen, Innere Sicherheit, dann der eigene Staat. So haben es die Zionisten gemacht; das können wir auch.

Der Wechsel lässt sich mit Händen greifen - und mit Augen sehen. Das geschätzte Wachstum des Westjordanlandes für 2010 und 2011 liegt bei sieben Prozent. Ramallah, die »Hauptstadt«, ist ein Wald von Baukränen; sie wuchert

wie São Paulo oder Mexico City und wäre ohne die scharf kontrollierten Übergänge schon mit Jerusalem verwachsen. Noch eindringlicher ist dieses Bild: Traf man sich früher mit PLO-Führern, sei's in Beirut oder Gaza, sah man harte Jungs in Lederjacke und mit der Automatik im Hosenbund. Heute trifft man Minister im grauen Anzug. Die Revolutionsromantik ist verblasst, es regieren die Technokraten.

Wachstum und Sicherheit: Beide bedingen einander, und israelische Militärs, die anonym bleiben wollen, loben die palästinensischen Kollegen. Die Zusammenarbeit sei gut, der Terror fast auf null. Dan Diker, der bis vor Kurzem am Jerusalem Center for Public Affairs forschte, sieht das nicht ganz so wohlwollend. »Fajad konnte die Speerspitze des Terrors, die Al-Aksa-Brigaden, nicht entwaffnen; sie haben bloß darauf verzichtet, ihre Waffen in der Öffentlichkeit zu tragen.« Doch auch er gibt zu, was Weltwährungsfonds und Weltbank inzwischen zelebrieren: »Von unten nach oben« funktioniere.

Stolz zählt Planungsminister Ali Jarbawi die Leistungen des Fajadismus auf, obwohl in seinem waffenlosen Büro noch immer ein Bild von Arafat hängt, aber keines vom Premier: »In zwei Jahren haben wir 180 Schulen gebaut, 2000 Kilometer Straßen geflickt oder trassiert, 700 Kilometer Wasserleitungen gelegt, 1,5 Millionen Bäume gepflanzt, drei Krankenhäuser eröffnet.«

Besonders stolz sind die Fajadisten

auf den gerade von der Weltbank veröffentlichten Bericht Improving Governance and Reducing Corruption, den Jarbawi dem Reporter als gleich in die Hand drückt. Nicht, dass die Korruption verschwunden wäre, insbesondere nicht bei der Vergabe öffentlicher Jobs. Aber die Weltbank vermerkt: Höchstens zehn Prozent der Befragten berichten von Bakschisch-Forderungen, wenn sie mit Polizei, Gerichten oder Gesundheitsversorgung zu tun hatten. In Ägypten sind es bis zu 60 Prozent.

Der Planungschef drückt das so aus: »Wenigstens in dieser Gegend sind wir das Schlusslicht bei der Korruption.« Die Weltbank spricht von »Fortschritten« im Regierungssystem, mahnt aber bei Landvergabe und Bau »notwendige Reformen« an. Doch auf diesem Sektor, wo der Staat überall auf der Welt Vorteile zuschanzt oder verweigert, wird Korruption nie ausgerottet werden - siehe Deutschland.

Besonderes Lob erntet Fajad für die Reform der Finanzen. Unter Arafat (siehe auch Mubarak in Ägypten, Ben Ali in Tunesien) zirkulierten Auslandsgelder im round-trip: Ein erklecklicher Anteil wanderte dann aber auf die Privatkonten seiner Günstlinge. Vorbei. Abdel Hafis Nofal, die Nummer zwei im Wirtschaftsministerium, hält das nicht für Augenwischerei. »Unsere Finanzen werden von Weltbank und IWF kontrolliert, direkt. Deren Experten sitzen hier in Ramallah, unter uns.« Die Tugend sei ihr

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

eigener Lohn, fügt er hinzu. »2007 haben wir bei den Geberländern 5,5 Milliarden Dollar beantragt; gekriegt haben wir 7,5.«

Diese Gelder sowie vor allem der Häuserbau reicher Auslandspalästinenser haben das rasante Wachstum genährt - allerdings kein autonomes. Etwa die Hälfte des Haushalts - um die 1,5 Milliarden Dollar - kommt von der internationalen Gemeinschaft. So entstehen schicke Cafés wie das Zamn, wo es so hip zugeht wie im Silicon Valley. Aber eine exportorientierte Hightech-Wirtschaft wie ein paar Kilometer weiter in Israel? Hier endet der Traum vom lebensfähigen Proto-Staat, und daran sind nicht allein die Palästinenser schuld.

Sie haben zwar nicht viel, was sie an die umliegenden Araber-Staaten verkaufen könnten; die produzieren Möbel und Gemüse selber. Aber selbst wenn sie könnten, müsste der Handel über Israel abgewickelt werden. Schlimmer: Palästina ist ein Entwicklungsland, das an den

reichen, hoch produktiven Nachbarn gekettet ist und so auch an dessen Kostenniveau. Der Planungsminister: »Was bei uns zwei Schekel kostet, ist in Jordanien halb so teuer.« Überdies wisse sich Israel mit den auch im Westen üblichen Methoden zu schützen, etwa durch Nichtzulassung von Pharmaprodukten - selbstverständlich nur zum Verbraucherschutz. Marktöffnung im eigenen Interesse? So weit denkt die Regierung Netanjahu nicht.

Ein junger Mann aus dem amtlichen Medien-Zentrum, nennen wir ihn Salah, drückt es noch deutlicher aus: »70 Prozent der Einnahmen der Palästinenserbehörde (PA) werden von Israel kontrolliert. Wenn Israel die Zolleinnahmen zurückhält, bricht dieser Staat zusammen.« Er schätze Fajad, aber der sei »nur eine Einzelfigur«. Langsam redet sich Salah in Rage - über all die »alten Gesichter« in der Herrschaftsclique der Fatah, die Fajad nicht loswerden könne. Und über die Potjemkinschen Fassaden: »In meinem Dorf gibt es jetzt sechs

Schulen, aber drei stehen leer.« Sein Lieblingswort, wenn er über die PA redet, ist »bullshit«. - »Die PA macht es den Besatzern doch nur leichter.« Aber das, wirft der Gast ein, beruhe auf Gegenseitigkeit: Ohne die israelische Armee gäbe es Fajad und Machmud Abbas nicht. Deshalb ließen sie auch nicht wählen.

Egal, kontert Salah: »Die Israelis können der PA in drei Sekunden sagen: Ihr seid kein Staat, ihr habt keine Macht.« Er glaube auch nicht an die UN-Generalversammlung, wo Fajad im Herbst die Anerkennung erzwingen will. »Bullshit« auch das. Und was würden er und seine Proto-Partei tun, die »Jungen Unabhängigen«? Salah träumt vom gewaltlosen Krieg: »Wir werden mit 100000 vor Pisgat Ze'ev, der israelischen Siedlung nebenan, aufmarschieren und mit entblößter Brust brüllen: >Schießt doch - oder verschwindet!<«